

Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Dingolfing -Sondernutzungssatzung (SNS)-

Die Stadt Dingolfing erlässt aufgrund von Art. 18 Abs. 2 a, 22 a Satz 1, 56 Abs. 2 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayRS 91-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.7.2005 (GVBl. 2005, S. 287) und Art. 23 und 24 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.7.2006 (GVBl. S. 405) folgende Satzung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für alle öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Baulast der Stadt Dingolfing.

§ 2

Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

- (1) Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, unterliegt die Benutzung der in § 1 bezeichneten Straßen, Wege und Plätze über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) dem öffentlichen Recht und bedarf der Erlaubnis der Stadt Dingolfing. Dies gilt auch dann, wenn durch die Ausübung der Sondernutzung der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann.
- (2) Erlaubnispflichtig ist auch die Erweiterung, Änderung oder die Überlassung der Sondernutzung an Dritte.
- (3) Werden die in § 1 bezeichneten Straßen, Wege und Plätze durch mehrere Anlagen, Einrichtungen oder sonst in mehrfacher Weise benutzt, so ist jede Benutzungsart erlaubnispflichtig.
- (4) Vorübergehende Beeinträchtigungen für Zwecke der öffentlichen Ver- und Entsorgung bleiben dabei außer Betracht.
- (5) Die Benutzung ist erst zulässig, wenn die Erlaubnis erteilt ist.

§ 3

Nichterlaubnisfähige Sondernutzungen

- (1) Sondernutzungen i.S.d. § 2 stellen insbesondere dar
 - das Niederlassen zum Zwecke des Genusses von Alkohol oder anderer berauscher Mittel außerhalb zugelassener Freischankflächen sowie
 - das Bettelnsoweit dies in einer nicht mehr gemeinverträglichen Weise erfolgt und dadurch die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraums für andere Benutzer erheblich behindert wird. Dies ist insbesondere der Fall, wenn
 - der öffentliche Straßenraum in räumlich ausufernder Weise benutzt wird, z.B. auch durch Aufstellen von Sitzgelegenheiten und dgl. oder
 - andere Verkehrsteilnehmer durch Lärmen oder Anpöbeln gestört oder durch herumliegenlassen von Flaschen oder Gläsern gefährdet werden oder

- der öffentliche Straßenraum verunreinigt oder dort befindliche Gegenstände beschädigt werden oder
- Betteln in Form von unmittelbarem Einwirken auf Passanten erfolgt, z.B. durch Aufhalten, Verfolgen oder Anfassen.

Eine Sondernutzung stellt auch das Nächtigen und Lagern im öffentlichen Straßenraum dar.

- (2) Für Sondernutzungen nach Absatz 1 wird eine Sondernutzungserlaubnis nicht erteilt.

§ 4 Erlaubnisantrag

Der Erlaubnisantrag ist mit Angaben über Ort, Art, Umfang und Dauer der Sondernutzung rechtzeitig bei der Stadt zu stellen. Die Stadt kann verlangen, dass der Antrag in geeigneter Weise, insbesondere durch Plan und Beschreibung, erläutert wird.

§ 5 Erlaubnis

- (1) Die Erlaubnis wird nach pflichtgemäßem Ermessen erteilt.
- (2) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die beabsichtigte Sondernutzung einer öffentlichrechtlichen Vorschrift widerspricht, oder bei Abwägung der privaten und öffentlichen Interessen letzteren der Vorrang einzuräumen ist und ein Ausgleich durch Nebenbestimmungen nicht sichergestellt werden kann.
- (3) Die Erlaubnis wird auf Zeit oder Widerruf erteilt. Sie kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt und von Sicherheitsleistungen abhängig gemacht werden, wenn dies für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, zum Schutz der Straße, im Interesse der Abfallvermeidung und Abfallentsorgung oder zur Wahrung anderer rechtlich geschützter öffentlicher Interessen erforderlich ist.
- (4) Wird von einer auf Widerruf erteilten Erlaubnis nicht mehr Gebrauch gemacht, ist dies der Stadt unverzüglich anzuzeigen. Die Erlaubnis endet mit dem Eingang der Anzeige oder zu einem vom Erlaubnisnehmer angegebenen späteren Zeitpunkt.
- (5) Eine Erlaubnis aufgrund dieser Satzung erübrigt nicht sonstige Erlaubnisse oder Genehmigungen.
- (6) Der Erlaubnisbescheid ist den Beauftragten der Stadt und der Polizei auf Verlangen vorzuweisen.

§ 6 Pflichten des Erlaubnisnehmers, Grundstückseigentümers und Bauherrn

- (1) Der Erlaubnisnehmer hat die Sondernutzungsanlage unter Beachtung der festgesetzten Bedingungen und Auflagen nach den anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Der Gemeingebrauch darf durch die Sondernutzung nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar beeinträchtigt werden. Der ungehinderte Zugang zu den Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Straßenrinnen und Straßenabläufen ist freizuhalten, soweit sich aus der Erlaubnis nichts anderes ergibt. Aufgrabungen sind der Stadt vor Beginn besonders anzuzeigen.

- (2) Dem Benutzer obliegt die Reinigung der von der Sondernutzung betroffenen öffentlichen Fläche einschließlich des Umfeldes, das durch die Ausübung der Sondernutzung verschmutzt wird. Die Grenze ist im Einzelfall nach Erfahrungswerten festzulegen.
- (3) Erlischt die Erlaubnis, so hat der bisherige Erlaubnisnehmer Anlagen oder Gegenstände, die sich in Ausübung der Erlaubnis auf dem Gemeindegrund befinden, unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen. Gleichzeitig ist der frühere Zustand des Gemeindegrundes wieder herzustellen.
- (4) Kommt der Erlaubnisnehmer oder derjenige, der eine Sondernutzung ohne Erlaubnis ausübt, den Verpflichtungen der Absätze 2 und 3 nicht nach, kann die Stadt nach vorheriger Androhung und Fristsetzung die Reinigung, Beseitigung oder Wiederherstellung auf Kosten des Verpflichteten vorzunehmen. Von einer vorherigen Androhung und Fristsetzung kann abgesehen werden, wenn der Verpflichtete nicht erreichbar ist, wenn Gefahr im Verzug besteht oder wenn die sofortige Durchführung der Maßnahmen im öffentlichen Interesse geboten ist.
- (5) Ändert sich die Beschaffenheit der öffentlichen Straße, so sind errichtete Anlagen auf Kosten des Benutzers dem veränderten Zustand anzupassen.
- (6) Geht die Sondernutzung von einem Grundstück aus, so treffen die Verpflichtungen aus dieser Satzung neben dem die Sondernutzung Ausübenden auch den Eigentümer oder den dinglich Nutzungsberechtigten des Grundstücks.
- (7) Bei Baumaßnahmen aller Art sind der Stadt gegenüber der Bauherr und die bauausführenden Firmen gleichermaßen verpflichtet.

§ 7 Haftung

- (1) Der Erlaubnisnehmer haftet der Stadt für Schäden, die durch die Sondernutzung entstehen. Er hat die Stadt von allen Ansprüchen Dritter freizustellen, die sich aus der Sondernutzung ergeben.
- (2) Der Erlaubnisnehmer hat der Stadt alle durch die Sondernutzung zusätzlich entstehenden Kosten zu ersetzen. Hierfür kann die Stadt einen angemessenen Vorschuss oder Sicherheitsleistungen verlangen.
- (3) Der Erlaubnisnehmer haftet für die Verkehrssicherheit der Anlagen oder der sonstigen Gegenstände, mittels deren er die Sondernutzung ausübt. Die Stadt kann den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung verlangen.
- (4) Der Erlaubnisnehmer hat bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Änderung der rechtlichen Eigenschaften oder der tatsächlichen Beschaffenheit der öffentlichen Grundflächen, insbesondere bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung einer öffentlichen Straße, keinen Ersatzanspruch gegen die Stadt.

§ 8 Gebühren

- (1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen werden Gebühren nach Maßgabe des anliegenden Gebührenverzeichnisses, das Bestandteil dieser Satzung ist, erhoben. Centbeträge werden auf volle Euro gerundet.

- (2) Bei Anwendung der im Gebührenverzeichnis vorgesehenen Rahmengebühren ist die Gebühr im Einzelfall
 - a) nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch sowie
 - b) nach dem wirtschaftlichen Interesse des Gebührenschuldners zu bemessen.
- (3) Für Sondernutzungen, die nicht im Gebührenverzeichnis aufgeführt sind werden Gebühren erhoben, die nach den im Gebührenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Sondernutzungen zu bemessen sind.
- (4) Die Mindestgebühr beträgt 2,50 €.
- (5) Bei der Gebührenberechnung werden Flächen- und Längenmaße auf volle Quadratmeter oder Meter aufgerundet, soweit nicht die Maße im Gebührenverzeichnis exakt festgelegt sind.
- (6) Jahresgebühren werden für das Kalenderjahr berechnet. Beginnt oder endet die Sondernutzung während des Jahres, so ist für jedes angefangene Halbjahr die Hälfte der Jahresgebühr zu entrichten. Monats-, Wochen- und Tagesgebühren sind für jeden angefangenen Berechnungszeitraum in voller Höhe zu entrichten.
- (7) Für den Verwaltungsaufwand ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Bayer. Kostengesetz in Verbindung mit der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Dingolfing (Kostensatzung) zu erheben.

§ 9 Gebührenfreiheit

- (1) Gebühren werden nicht erhoben, wenn die Sondernutzung im öffentlichen Interesse ausgeübt wird.
- (2) Für die Benutzung der öffentlichen Straßen und Plätze im Rahmen der Wochen- und Mitfefastenmärkte der Stadt Dingolfing wird eine Sondernutzungsgebühr nicht erhoben, soweit eine Gebührenpflicht nach Maßgabe der Marktgebührensatzung besteht.
- (3) In Fällen des Abs. 1 und 2 werden keine Verwaltungskosten nach § 8 Abs. 7 SNS erhoben.

§ 10 Gebührenschildner

- (1) Gebührenschildner sind
 - a) der Antragsteller,
 - b) der Erlaubnisnehmer,
 - c) der Rechtsnachfolger von b)
- (2) Sind mehrere Personen Gebührenschildner, so haften sie als Gesamtschildner.

§ 11 Entstehung und Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Zeitpunkt, an dem die Sondernutzungserlaubnis erteilt wird.

- (2) Gebührenpflicht endet mit dem zeitlichen Ablauf oder mit dem Widerruf der Erlaubnis.

§ 12 Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid erhoben. Sie sind zu entrichten bei
- a) auf Zeit genehmigten Sondernutzungen für deren Dauer bei Erteilung der Erlaubnis.
 - b) auf Widerruf genehmigten Sondernutzungen erstmalig bei Erteilung der Erlaubnis für das laufende Jahr, für nachfolgende Jahre jeweils bis zum 31. Januar im Voraus.
- (2) Für bereits genehmigte Sondernutzungen wird die Gebühr erstmals 14 Tage nach Zustellung des Gebührenbescheides fällig.

§ 13 Gebührenerstattung

- (1) Wird eine auf Zeit genehmigte Sondernutzung vorzeitig aufgegeben oder eine auf Widerruf genehmigte Sondernutzung widerrufen oder freiwillig aufgegeben, so besteht kein Anspruch auf Erstattung entrichteter Gebühren.
- (2) Im Voraus entrichtete Gebühren werden anteilmäßig erstattet, wenn die Stadt eine Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerruft, die nicht vom Gebührenschuldner zu vertreten sind.

§ 14 Übergangsregelung

Bereits abgeschlossene privatrechtliche Gestattungsverträge über Sondernutzungen behalten ihre Gültigkeit. Im Falle beabsichtigter und zulässiger Vertragsänderungen ist das gesamte Rechtsverhältnis in öffentlich-rechtlicher Form zu regeln.

§ 15 Anordnungen für den Einzelfall

- (1) Die Stadt Dingolfing kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtung Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (BayRS 2010-2-I) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

Gemäß Art. 66 Nr. 2 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. i.S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.07.2006 (BGBl. I S. 1466) kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- (1) entgegen §§ 2 und 3 eine Sondernutzung ohne Erlaubnis der Stadt Dingolfing vornimmt oder die mit der Erlaubnis verbundenen vollziehbaren Auflagen nicht erfüllt.
- (2) Den in § 6 genannten Pflichten nicht nachkommt oder
- (3) aufgrund von § 15 Abs. 1 erlassenen, vollziehbaren Anordnungen für den Einzelfall zuwiderhandelt.

§ 17 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.06.2007 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von straßenrechtlichen Sondernutzungsgebühren der Stadt Dingolfing vom 08. 9. 1977, zuletzt geändert durch Satzung vom 20.9.1996, außer Kraft.

Dingolfing, 26. April 2007

STADT DINGOLFING

Josef Pellkofer
1. Bürgermeister

Gebührenverzeichnis gem. § 8 der Sondernutzungssatzung der Stadt Dingolfing (SNSGVerZ)

1.	Automaten aller Art, Auslagekästen, Schaukästen und ähnl. Einrichtungen, die mehr als 10 cm in den öffentlichen Verkehrsraum hineinragen Vereinskästen sind gebührenfrei	1) bis 0,25 m ² Ansichtsfläche	jährl.	5,00 € – 10,00 €
		2) bis 0,6 m ² Ansichtsfläche	jährl.	13,00 € – 25,00 €
		3) über 0,6 m ² Ansichtsfläche	jährl.	25,00 € – 125,00 €
2.	Baugerüste, Bauhütten, Baumaterial, Baumaschinen einschl. Geleise, Arbeitswagen, Container oder mit Bauzäunen abgegrenzte Flächen auf Straßen, Gehwegen und Parkplätzen	je m ² und je Monat		0,50 € - 5,00 €, mind. 10,00 €
		oder je m ² und je Woche		0,13 € - 1,25 €, mind. 2,50 €
3.	Abstellen von Fahrzeugen, Möbel-, Wohn-, Last-, Personen-, Geräte-, Camping-, Werbe- u. sonstigen Wagen, Omnibusse, Anhänger, Sattelzugauflieger mit und ohne Zugmaschine, Wohnmobile über 24 Std.		pro Tag bis	5,00 € 10,00 €
4.	Abstellen von Fahrrädern, Krafträdern, Mofas und dgl. (bei meist wechselnder Anzahl) durch Fachgeschäfte und Werkstätten zum Verkauf oder zur Reparatur	Jahrespauschalgebühr ohne Rücksicht auf Anzahl der Räder und Sondernutzungsdauer		12,00 € – 60,00 €
5.	Lagerung und Abstellen von Gegenständen jeder Art	je m ² Verkehrsfläche und je Woche		1,00 € – 6,00 €
6.	Fahrradständer und ähnliche Vorrichtungen	je Stück	jährlich	6,00 € - 12,00 €
7.	Masten und Pfosten (z.B. Reklamemasten, Fahnenmasten usw.)	je Stück	jährlich	10,00 € - 30,00 €
8.	Informationsstände	je Stück	pro Tag	0 - 10,00 €
9.	Leitungen (über- und unterirdische; besonders von Rohren, Kabeln und Kanälen)	pro angef. lfd. m	jährlich	1,00 € - 6,00 €
10.	Bewirtungen aller Art, Tische, Stühle und Bänke vor Gastwirtschaften, Cafés, Eisdielen usw.	bis 10 m ² Verkehrsfläche	monatlich	gebührenfrei
		ab 10 m ² Verkehrsfläche je m ²		0,25 € - 1,00 €
11.	Verkaufsstände und Werbeausstellungen oder andere bewegliche Einrichtungen, die der Ausstellung von Waren dienen	bis zu 3 m ² Verkehrsfläche	je Woche	gebührenfrei
		ab 3 m ² Verkehrsfläche		0,13 – 1,25 €

12.	Warenständer, Warenkisten und Warenkörbe	bis zu 3 m ² Verkehrsfläche ab 3 m ² bis 10 m ² Verkehrsfläche ohne Rücksicht auf Sondernutzungsdauer ab 10 m ² Verkehrsfläche ohne Rücksicht auf Sondernutzungsdauer	je Monat	gebührenfrei 2,00 € – 5,00 € 5,00 € – 25,00 €
13.	Kioske (feste und fahrbare), Imbissstände	je m ² Verkehrsfläche	jährlich	50,00 € - 125,00 €
14.	Aufstellen, Anbringen oder Aufhängen von Plakaten, Plakattafeln, -schildern, Werbetafeln, Info- und Veranstaltungshinweise, etc. in oder an öffentlichen Einrichtungen (Straßenbegleitgrün, Straßenlampenmasten etc.)	bis 10 Stck. 11 bis 20 Stck. bis 30 Stck.	max. 14 Tage	10,00 € 15,00 € 20,00 €
15.	Reklameschilder, -ständer, -tafeln, Hinweistafeln freistehend	je Stück	je Woche	3,00 €
16.	Transparente	pro Stck.	max. 14 Tage	10,00 €
17.	Lagerung und Abstellung von Gegenständen aller Art	je m ² Verkehrsfläche	je Woche	1,00 € - 6,00 €
18.	Leuchtschilder, Nasenschilder			gebührenfrei
19.	Schächte aller Art, Versitz- und Klärgruben (Keller-, Licht- und Luftschächte)	je m ² Verkehrsfläche	jährlich	2,50 € - 5,00 €
20.	Stufen	bis zu 2 Stufen ab 3 Stufen je Stufe	jährlich	gebührenfrei 1,00 € mind. 2,50 €

Gemäß § 8 Abs. 7 SNS wird für die Erlaubniserteilung neben den Sondernutzungsgebühren auch eine Verwaltungsgebühr nach dem Bayer. Kostengesetz (§ 1 Abs. 2 VwKostG) i.V.m. der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Stadt Dingolfing (Kostensatzung) erhoben.

Gemäß Tarif-Nr. 630 KommKVZ 3,06 € bis 61,35 €

Dingolfing, den 26.04.2007
STADT DINGOLFING

Josef Pellkofer
1. Bürgermeister